

Frank Kuschel
Montag, 5. Juli 2010

Öffentliche Finanzkrise durch Steuerpolitik verstärkt

Wenn heute noch das Steuerrecht des Jahres 1998 gelten würde, hätten die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden jährlich 51 Milliarden EUR Steuermehreinnahmen zu verzeichnen. Dies ist ein Ergebnis einer Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Armin Truger (IMK-Steuerexperte) und Dieter Teichmann (Finanzwissenschaftler) haben diese Steuerausfälle durch Steuerrechtsänderungen seit 1998 errechnet (IMK-Steuerschätzung 2010 bis 2014, Kein Spielraum für Steuersenkungen, IMK – Report 49, Mai 2010 unter www.boecklerimpuls.de). Die Gemeinden haben infolge dieser Steuerrechtsänderung Steuermindereinnahmen von jährlich 8,1 Milliarden EUR zu verkraften, die Länder 24,8 Milliarden EUR und der Bund 18,6 Milliarden EUR. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 % in 2007 rund 20 Milliarden Steuermehreinnahmen zu verzeichnen sind.

Insbesondere die Senkung der Einkommenssteuersätze, mit der deutlichen Reduzierung des Spitzensteuersatzes durch die Rot-Grüne Bundesregierung in 1999/2000 hat zu Steuermindereinnahmen geführt. Aber auch die Abgeltungssteuer und die Unternehmenssteuerreform haben zu Steuermindereinnahmen geführt. Eine Stimulierung des Wirtschaftswachstums, mit der diese Steuersenkungen begründet wurden, tat jedoch kaum ein.

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte haben hingegen kaum zur Finanzkrise der öffentlichen Hand beigetragen. Inflationsbereinigt haben sich im Zeitraum 1998 bis 2008 die Staatsausgaben sogar jährlich um 0,2 % reduziert. Nach Japan ist die Bundesrepublik damit „Vizeweltmeister“ in der sparsamen Ausgabenpolitik. Die „Nebenwirkung“ ist freilich deutlich erkennbar. So wurden die öffentlichen Investitionen deutlich nach unten gefahren. Im EU-Vergleich ist die Bundesrepublik bei den öffentlichen Investitionen weit hinten. Eine Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte durch weitere Ausgabenkürzungen ist deshalb für die Autoren der IMK-Studie der völlig falsche Weg. Vielmehr sind Steuererhöhungen unumgänglich. Diese können durchaus verteilungspolitisch sinnvoll und für die Konjunktur weitgehend unschädlich gestaltet werden. Empfohlen wird die Anhebung der Steuersätze für hohe Einkommen, eine höhere Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Finanztransaktionssteuer, notfalls im nationalen Alleingang. Zudem könnten umstrittene und unsinnige Ermäßigungen bei der Mehrwertsteuer gestrichen werden.

Frank Kuschel